

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Landesverbands Berlin im deutschen Bibliotheksverband (dbv)
c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Christiane Hoff
Vorsitzende

Breite Straße 30-36
10178 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

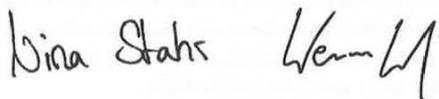
Berlin, 25. Juni 2021

Wahlprüfsteine LV Berlin im deutschen Bibliotheksverband (dbv)

Sehr geehrte Frau Hoff,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Antwort auf Frage 1 a) bis c):

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus hat zuletzt im Jahr 2018 ein Positionspapier zur Stärkung der Bibliotheken in Berlin vorgelegt (vgl. <https://gruene-fraktion.berlin/bibliotheken-in-berlin-staerken/>). In diesem Positionspapier haben wir einmal mehr die Notwendigkeit einer fundierten Bibliotheksentwicklungsplanung dargelegt. Für Bündnis90/Die Grünen waren und sind Bibliotheken zentraler Bestandteil der Berliner Kultur- und Bildungslandschaft und damit auch Teil der öffentlichen Grundversorgung. Keine andere Kultureinrichtung hat mehr Besucher*innen, nirgendwo sonst findet mehr kulturelle Teilhabe statt. Wir sind davon überzeugt: Mit gezielter Unterstützung und einer kohärenten Strategie könnten Berlins Bibliotheken ihre Aufgabe noch besser erfüllen. Mit Beschluss vom 14. Juni 2018 hat das Berliner Abgeordnetenhaus daher den Senat zur „Entwicklung eines Bibliothekskonzepts für Berlin“ aufgefordert. Dieser Beschluss geht auf eine Antragsinitiative der Grünen Abgeordnetenhausfraktion zurück (vgl. <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/DruckSachen/d18-1106.pdf>). Ziel dieser Bibliotheksentwicklungsplanung ist es, die Arbeit von Berlins öffentlichen Bibliotheken in der wachsenden Metropole mit einem Zeit- und Maßnahmenplan für die kommenden Jahre zu unterlegen. Zudem sollte dargestellt werden, was zu tun ist, um den sich verändernden gesellschaftlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen im Bibliotheksbereich gerecht zu werden und welche fachlichen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen es dafür braucht.

Im Rahmen eines partizipativen Verfahrens und unter Einbeziehung der Bezirke wurde in den letzten drei Jahren ein neuer Berliner Bibliotheksentwicklungsplan erstellt. Das nunmehr fertiggestellte Rahmenkonzept soll dem Abgeordnetenhaus nach der Sommerpause und damit noch rechtzeitig vor dem Legislaturende vorgelegt werden. Geplant ist u.a. auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine parlamentarische Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 9. August 2021.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind uns bewusst, dass die Umsetzung des neuen Bibliothekskonzepts eine große Chance und Herausforderung zugleich darstellt. Infolge von Medienwandel und Digitalisierung, neuen Nutzungsgewohnheiten und Bedarfen, müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden, damit Bibliotheken auch in Zukunft ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden können. Dafür muss die Kooperation unter den Einrichtungen intensiviert und der Dreiklang aus räumlicher Infrastruktur, personeller Ausstattung und (digitalem) Medienetat dauerhaft gesichert werden. Dazu braucht es verbindliche Standards hinsichtlich des Aufgabenkatalogs der öffentlichen Bibliotheken in Berlin, ebenso wie Zielvereinbarungen und Instrumente zu ihrer Evaluation und Weiterentwicklung. Insofern sind wir offen für eine Diskussion darüber, inwieweit dies durch eine gesetzliche Festschreibung erreicht werden kann. Ein solches Bibliotheksgesetz würde

– vergleichbar mit den aktuellen Bestrebungen für ein Berliner Kulturfördergesetz – den gesellschaftlich-politischen Stellenwert der öffentlichen Bibliotheken unterstreichen, kann aber die erforderliche haushälterische Absicherung im Bereich des Personal- und Bestandsmanagements keinesfalls ersetzen (vgl. Frage 2).

Antwort auf Frage 2 a) bis c):

Der digitale Paradigmenwechsel und die Bedeutung von Bildung und Information für Teilhabe in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft machen einmal mehr den hohen Stellenwert von Bibliotheken für unser Gemeinwesen deutlich. Dies zeigen nicht zuletzt die steigenden Nutzer*innen-Zahlen, welche die vorhandenen Kapazitäten etwa in der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) schon seit längerem übersteigen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die oben genannten Forderungen und Ziele. Inwieweit es gelingt, die damit verbundenen Mehrbedarfe bereits in den kommenden zwei Jahren finanziell zu untersetzen, wird sich in den Beratungen über den Doppelhaushalt 2022/23 erweisen müssen und dürfte maßgeblich von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die öffentlichen Haushalte abhängen. Gleichzeitig steht fest: Mit uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird es keine Pandemie-bedingten Kürzungen im Kulturbereich geben. Das gilt auch und gerade für eine wohnortnahe, niedrighschwellige und fachlich exzellente Bibliotheksversorgung.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels hat für uns eine „Grüne Bibliothek“ hohe Priorität, die sowohl in ihrer äußeren Gestalt wie inhaltlichen Konzeption Nachhaltigkeitsaspekte aufgreift. Beispielgebend ist die neue Nationalbibliothek in Singapur, in der schon Kinder durch die Vermittlung der Bauweise und verwendeten Materialien, ergänzt durch ein thematisch anschließendes Medienangebot, ökologisch-energetische Grundsätze erlernen können. Vom baulichen Konzept und der Ausstattung über das Medien- und IT-Angebot bis zum Gastronomiebereich sollten Bibliotheken heutzutage ökologisches Bewusstsein unter Beweis stellen und eine gesellschaftliche Vorbildfunktion einnehmen.

Antwort auf Frage 3 a) und b)

Ja, wir setzen uns für die Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz ein und haben als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus auf eine entsprechende Standort-Entscheidung bereits zu Beginn dieser Legislatur gedrungen. Auch

die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg hat sich für den geplanten ZLB-Neubau an dieser Stelle ausgesprochen. Wir gehen gemäß der Investitionsplanung des Landes von einem Baubeginn in 2026 aus.

Antwort auf Frage 4 a) bis e):

Wir betrachten Open Access/Open Science als grundlegendes Prinzip wissenschaftlicher Arbeit und wollen den notwendigen Kulturwandel in der Wissenschaftslandschaft mit einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen in Verbindung mit konkreten Vorgaben im Berliner Hochschulgesetz umfassend unterstützen. Darüber hinaus wollen wir insbesondere die Bibliothekssysteme im Rahmen der Hochschulverträge für Aufgaben im Bereich Open Access/Open Science gezielt stärken, beispielsweise zur Finanzierung von Open Access-Veröffentlichungen oder zum Betrieb von Repositorien. Das Open-Access-Büro des Landes möchten wir weiterentwickeln und auch in Zukunft finanziell absichern. Open Science-Praktiken müssen seitens der öffentlichen Institutionen mindestens genau so stark honoriert werden wie andere wissenschaftliche Resultate. Wo die Wissenschaftspolitik entsprechende Anreize setzen kann – etwa bei Berufungsverfahren oder der Vergabe von Mitteln – werden wir dies auch tun.

Wir wollen alle Fachkulturen im Bereich Open Access zu größerer Offenheit anregen und begrüßen alle Maßnahmen, verbliebene Hürden abbauen. Dabei setzen wir auf einen engen Austausch zwischen Wissenschafts-, Kultur-, Medien- und Netzpolitik sowie den jeweiligen Stakeholdern, und werben dafür auch im Rahmen der wissenschaftspolitischen Vernetzung mit dem Bund und anderen Bundesländern. Deshalb begrüßen wir auch den Aufbau einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) auf Grundlage der Bund-Länder Vereinbarung von 2018. Wenn Landesinstitutionen im Zuge dessen zusätzliche Bedarfe identifizieren, werden wir uns einer Finanzierung nicht versperren.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen wir alle Diskussionen über die Werte offener Wissenschaft und freuen uns, wann immer diese in geeigneter Form stattfinden. Das gilt für die weitere Debatte im Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses, aber auch mit Blick auf das geplante Forum zur Aufnahme wissenschaftlicher Ideen aus der Stadtgesellschaft. Besonders gut fänden wir es, wenn Open Science in allen wissenschaftlichen Fach-Communities breit diskutiert und perspektivisch zum allgemein akzeptierten Standard würde. Wir danken allen Wissenschaftler*innen die sich hierfür – oftmals mit hohem Zeitaufwand und entgegen tradierter Fachkulturen – engagieren.